

Thorsten Stolz  
Landrat des Main-Kinzig-Kreises

Frank Matiaske  
Landrat des Odenwaldkreises

Frank Kilian  
Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises

Herrn Hessischen Ministerpräsidenten  
Volker Bouffier  
Hessische Staatskanzlei  
Georg-August-Zinn-Str.1  
65183 Wiesbaden

07.02.2019

OFFENER BRIEF

an den Hessischen Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter zum Entwurf des Teilplans „Erneuerbare Energien“ des Regionalen Raumordnungsplans Südhessen (TPEE)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU und Bündnis 90/Die Grünen wurde vereinbart, an den Festlegungen des Energiegipfels, 2 Prozent der hessischen Landesfläche als Windvorranggebiete auszuweisen, festzuhalten.

Der Koalitionsvertrag führt weiter aus, „dass erwartet wird, dass die Regionalversammlungen ihrer Verantwortung nachkommen und einen gerechten Ausgleich der Interessen herbeiführen“.

Wie Sie wissen wird in Südhessen gerade der Teilplan „Erneuerbare Energien“ (TPEE) des Regionalplans aufgestellt und soll voraussichtlich in diesem Jahr auch von der Regionalversammlung beschlossen werden.

Der letzte Entwurf dieses Teilplanes sieht vor, auf 1,7 Prozent der Fläche Südhessens, was insgesamt 12.475 ha entspricht, Windvorranggebiete auszuweisen.

Bei genauer Betrachtung der Planung ist festzustellen, dass 75 Prozent dieser Fläche (9.357 ha) in den Landkreisen Main-Kinzig-Kreis, Odenwaldkreis und Rheingau-Taunus-Kreis liegen.

Die Hauptlast der Windkraftstandorte tragen also im Gebiet Südhessen unsere drei Kreise. Von einem „gerechten Ausgleich“ im Sinne der Formulierung des Koalitionsvertrages kann hierbei in keiner Weise die Rede sein.

Sie führen im Koalitionsvertrag weiter aus, dass „die 2 Prozent Festlegung der Landesfläche der Steuerung dient und den Wildwuchs vermeidet, weil so 98 Prozent der Flächen verlässlich von Windkraft freigehalten werden“. Diese Aussage können wir für unsere drei Landkreise nicht teilen, da die überproportionale Belastung dazu führen wird, dass nahezu 100 Prozent unserer Kreisgebiete in punkto Landschaftsbild durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, diese überproportionale Belastung unserer drei Kreise, die vergleichbar so in den Teilplänen von Mittel- und Nordhessen nicht zu finden ist, sollte nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern eine politische Diskussion in Gang setzen, ob die Festlegungen des Energiegipfels ohne genaue Kenntnis der Auswirkung vor Ort in Südhessen so von der Landespolitik gewollt ist. Diese Diskussion könnte auch vor dem Hintergrund stattfinden, dass die heutige Anlagentechnik wesentlich höhere Stromerträge ermöglicht als zum damaligen Zeitpunkt und die Ziele des Energiegipfels dadurch auch mit deutlich weniger Anlagen realisiert werden können.

Im Vordergrund dieser Diskussion muss deshalb die Frage stehen, ob das 2 Prozent-Ziel für Südhessen landespolitisch so gehalten werden kann bzw. muss.

Für uns - die wir uns klar zum gesamtgesellschaftlichen Ziel der Energiewende bekennen - steht dabei außer Frage, dass unsere Landkreise zum Gelingen dieses Ziels beitragen wollen und werden. Dies muss aber mit Augenmaß angegangen und umgesetzt werden, damit die für uns außerordentlich wichtige öffentliche Akzeptanz der Notwendigkeit einer Energiewende hin zu den Erneuerbaren vor Ort nicht unnötig zerstört wird.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie diese politische Diskussion anstoßen und wir somit zu einer gerechteren Verteilung der Lasten im Sinne der Formulierungen des Koalitionsvertrages kommen.

Für Gespräche stehen wir, die drei Unterzeichner, Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Thorsten Stolz  
Landrat des Main-Kinzig-Kreises

Frank Matiaske  
Landrat des Odenwaldkreises



Frank Kilian  
Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises

In Kopie

- den Fraktionsvorsitzenden der im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen
- den Landtagsabgeordneten unserer Wahlkreise